

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Arbeitsmarkt - Steuern -
Währungspolitik - Großbritannien - EG-Präferenzsystem**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1977) : Kurz kommentiert: Arbeitsmarkt - Steuern - Währungspolitik - Großbritannien - EG-Präferenzsystem, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 8, pp. 377-378

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135097>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Arbeitsmarkt

Initiative des DGB

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit seit nunmehr fast drei Jahren hat zu einer intensiven arbeitsmarktpolitischen Debatte geführt. Sie wurde um so intensiver, je deutlicher sich herauschälte, daß die wirtschaftliche Erholung die Zahl der Arbeitslosen in nur unzureichendem Maße zu reduzieren vermag. Dieser Tatbestand droht, wie verschiedene in der letzten Zeit veröffentlichte Prognosen zeigen, noch auf Jahre hinaus ein gravierendes Problem zu bleiben.

Die umfangreichste arbeitsmarktpolitische Forderung hat kürzlich der DGB vorgetragen: die Schaffung von 600 000 neuen Arbeitsplätzen, und zwar zu einem überwiegenden Teil durch zusätzliche Einstellungen im öffentlichen Dienst. Um einen derartigen Beschäftigungseffekt zu erzielen, seien unter Einsatz eines „traditionellen“ Auftragsprogramms 24 Mrd. DM erforderlich. Durch unmittelbare Schaffung neuer Arbeitsplätze hingegen lasse sich dieser Effekt mit 14,5 Mrd. DM erreichen. Damit aber werde den haushaltspolitischen und inflationären Bedenken gegen zusätzliche Staatsausgaben hinreichend Rechnung getragen.

Der Überlegung, die diesem Vorschlag zugrunde liegt, kann man kaum die Zustimmung versagen. Wenn die konventionelle Nachfragesteuerung als Instrument zu einem zügigen Abbau der Arbeitslosigkeit ausscheidet, wie gegenwärtig insbesondere wegen der Inflationsrisiken allgemein angenommen wird, eine hohe Arbeitslosigkeit aber nicht tolerabel ist, so sind verstärkte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in der Tat erforderlich. Der öffentliche Dienst scheint für zusätzliche Einstellungen auch besonders prädestiniert. Bedenken müssen sich aber von vornherein gegen eine starke Ausweitung der Zahl der öffentlich Bediensteten mit unbefristeten Verträgen richten. Hierdurch könnte nämlich die Relation von Arbeitnehmern im öffentlichen und privaten Sektor auf einem Niveau zementiert werden, das auf lange Sicht unter Wachstumsaspekten unerwünscht erscheint. gw

Steuern

Senkung als Wahlgeschenk

Mit seiner Ankündigung, die Lohn- und Einkommensteuer zu senken, als Termin aber erst 1980 anzugeben, versucht Finanzminister Apel zweierlei zu erreichen: Zum einen lehnt er die von den Unionsparteien geforderten populären kurzfristi-

gen Steuersenkungen ab, weil sie die Finanzierung von Maßnahmen zur Investitionsbelebung und den Abbau der öffentlichen Defizite gefährden würden, um die sich die Opposition nicht zu kümmern braucht. Zum anderen möchte er aber gleichzeitig einen Wählerbonus bei der kommenden Serie von Landtagswahlen für eine erst zur Bundestagswahl in Aussicht gestellte Verminderung der Steuerlast erlangen.

Einigkeit herrscht gegenwärtig allgemein darüber, die auch im Bereich der Durchschnittseinkommen zunehmend progressive Steuerbelastung abzubauen: Nach Berechnungen der CDU-Sozialausschüsse wird sich in diesem Jahr die Steuerlast um ca. 21 % erhöhen, während die Löhne nur um knapp 7 % steigen. Zum Abbau derartiger inflationsbedingter, progressiv steigender Steuerlasten gibt es zwei Möglichkeiten – abgesehen von der Inflationsbekämpfung selbst: entweder fallweise wiederkehrende Erhöhungen der Freibeträge und/oder Senkungen der Steuersätze oder aber ein System kontinuierlicher Anpassung der Freibeträge an die Inflationsrate (Indexierung). Dabei wäre eine Indexierung sicher die sauberere Lösung. Dennoch steht bei allen Beteiligten nur die erste Alternative zur Diskussion, denn sie hat für die jeweilige Regierung den Vorteil, Steuersenkungen rechtzeitig zu Wahlterminen quasi als Steuergeschenk präsentieren zu können. Der jeweilige Finanzminister sollte dann aber nicht überrascht sein, wenn der Wahl- und Steuerbürger von ihm selbst vorfinanzierte Wahlgeschenke nicht entsprechend honoriert. sf

Währungspolitik

Talfahrt des Dollar

Mit dem jüngsten Kurssturz des Dollar bis unter 2,25 DM wurde sein bis dahin historischer Tiefstand durchbrochen. Binnen weniger Wochen war der DM-Kurs des Dollar um ca. 4 % gefallen.

Schon seit längerem hatte der US-Finanzminister Blumenthal für einen Anstieg starker Währungen, insbesondere der D-Mark und des Yen, plädiert, da eine Höherbewertung dieser Währungen für die defizitären europäischen Industrieländer und für die Entwicklungsländer eine Hilfe bei der Beseitigung ihrer Außenhandelsdefizite sei und damit gleichzeitig ein Beitrag zur Belebung der Weltkonjunktur geleistet würde. In diesem Zusammenhang sei auch der Beitrag durch das amerikanische Außenhandelsdefizit nur zu loben.

Diese Defizit-Philosophie ist aber recht umstritten, was sich nicht zuletzt auch in der Kontroverse

zwischen amerikanischer Notenbank und Finanzministerium zeigt. Die Gegner der Blumenthal-Strategie weisen zu Recht darauf hin, daß das wachsende amerikanische Defizit weitgehend auf die zunehmenden Ölimporte der USA – vornehmlich zur Reservenaufstockung – zurückzuführen ist. Anstatt eines weiteren Anwachsens der Defizite sei daher sowohl im Interesse der USA selbst als auch der Weltwirtschaft das Gegenteil geboten, nämlich eine Verringerung der Defizite durch eine entsprechende Energiepolitik und verminderte Ölimporte.

Dem ist nur zuzustimmen. Denn ein hierdurch abgebautes Außenhandelsdefizit würde zum einen den Druck auf die Ölpreise zugunsten aller ölimportierenden Staaten erheblich reduzieren. Zum anderen wären die so verminderten OPEC-Überschüsse ein willkommener Beitrag zur Erreichung der von allen Staaten angestrebten internationalen Zahlungsbilanzgleichgewichte. us

Großbritannien

Amoklauf der Löhne?

Die britische Wirtschaftspolitik war schon häufig auf erfolgversprechendem Kurs, wurde aber fast immer vor dem Ziel „abgefangen“. Dasselbe Schicksal droht ihr gegenwärtig. Mit dem Scheitern der Bemühungen um eine Verlängerung der im vergangenen Monat ausgelaufenen Phase II der Einkommenspolitik vergrößert sich die Gefahr, daß die erzielten Fortschritte bei der Dämpfung des Lohnauftriebs, dem Kern der Stabilisierungsstrategie, rasch wieder zunichte gemacht werden. Bisher werden die Aussichten für die weitere wirtschaftliche Entwicklung aber auf kurze Sicht kaum pessimistischer als zuvor eingeschätzt. Selbst die extremen Lohnforderungen einzelner Gewerkschaftsverbände, die bei den Bergarbeitern in dem Verlangen nach einer annähernden Verdoppelung der Bezüge gipfeln, werden nicht ganz ernst genommen. Der Devisenkurs des Pfundes jedenfalls, der Stimmungsänderungen in der Vergangenheit seismographisch genau erfaßte, zeigte keine Reaktion.

In der Tat lassen sich gewichtige Argumente dafür anführen, daß die Lohn- und Preisentwicklung zumindest fürs erste nicht „völlig aus den Fugen“ gerät. Hierzu zählt insbesondere die angekündigte Beibehaltung von einjährigen Laufzeiten für Lohnabschlüsse. Diese laufen deshalb für die größten Arbeitnehmergruppen überwiegend erst nach der Jahreswende aus, in einer Zeit also, bis zu der sich der Auftrieb der Verbraucherpreise von gegenwärtig knapp 18% im Vorjahresvergleich spürbar abschwächen dürfte. Zudem wird die Regierung weiter versuchen, die Lohnforderungen durch steuerliche Entlastungen zu mäßigen. Schließlich

dürfte auch die hohe und noch steigende Arbeitslosigkeit ein Hemmnis für die Durchsetzung exzessiver Lohnforderungen darstellen. Allerdings die Existenz guter Gründe für eine solide Entwicklung war in der Vergangenheit in Großbritannien selten Anlaß genug, das hierfür erforderliche Verhalten auch herbeizuführen.

EG-Präferenzsystem

Bescheidene Offerte

Mit ihrem Vorschlag zum Allgemeinen Zollpräferenzsystem für das Jahr 1978 hat die EG-Kommission keinen Sprung nach vorn gemacht. Die Einfuhren zu Vorzugsbedingungen aus Entwicklungsländern dürfen im nächsten Jahr um bescheidener 2,5% zunehmen und könnten auf 5,1 Mrd. DM anwachsen, wenn die Entwicklungsländer die Einfuhrmöglichkeiten voll ausschöpfen. Verbesserungen gegenüber dem gegenwärtigen Präferenzsystem bringt der Kommissionsvorschlag nur in wenigen Bereichen. Immerhin können die Entwicklungsländer durch die Vermehrung sensibler Waren mit Gemeinschaftsreserven von sechs auf zwölf Positionen auf eine bessere Ausnutzung der Gemeinschaftskontingente hoffen. Im Agrarbereich sollen elf neue Produkte präferenziert eingeführt werden können. Begrüßenswert ist außerdem der Vorschlag, die ärmsten Entwicklungsländer von der Plafondregelung bei quasi- und nichtsensiblen Waren auszunehmen, denn hierdurch wird ein Beitrag zur notwendigen Differenzierung der Lieferländer nach ihrem Entwicklungsstand geleistet.

Die Gründe für die relativ magere Offerte der Kommission liegen auf der Hand. Angesichts der augenblicklichen konjunkturellen Verfassung der Gemeinschaft sah die Kommission wohl keine Aussichten, den Ratsmitgliedern substantielle Verbesserungen des Präferenzsystems abzurufen. Die immer noch hohen Arbeitslosenzahlen haben in einigen EG-Staaten außerdem zu wachsender Mißtrauen und Widerstand gegenüber der lästigen Importkonkurrenz aus Entwicklungsländern geführt, die besonders die strukturschwachen Branchen trifft. Aus dieser Richtung kommen demnach auch die massivsten Forderungen nach protektionistischer Gegenwehr; jüngstes Beispiel ist die französische Textilindustrie. Die Kommission antwortete wohl solche Widerstände, als sie vorschlug, in einigen empfindlichen Bereichen die Einfuhrhöchstgrenzen zunächst einmal einzufrieren. Es bleibt bei dieser Entwicklung nur zu hoffen, daß das Allgemeine Zollpräferenzsystem in Zukunft nicht noch stärker unter den Einfluß von internen Konjunktur- und Strukturproblemen der Gemeinschaft gerät.